

«Sie haben US-Gesetze verletzt»

Senat-Anhörung Vier hochrangige Credit-Suisse-Banker sasssen im US-Senat auf dem heissen Stuhl. Im Ton blieben sie konzipiant, gar reumütig – in der Sache machten sie keine Zugeständnisse.

VON RENZO RUF

Mehr als drei Stunden dauerte das Pingpong zwischen den Antagonisten. Hier, auf einer leicht erhöhten Bühne sitzend, vier Senatoren, ein Demokrat und drei Republikaner. Da vier Manager der Schweizer Grossbank Credit Suisse, darunter Konzernchef Brady Dougan. Hin und her flogen die Worte, manchmal unterbrachen sich die beiden Lager, manchmal verstanden sie sich falsch und sprachen aneinander vorbei.

Und dann platzte Senator Carl Levin, der sich die Trockenlegung von Steueroasen auf die Fahne geschrieben hat, der Kragen. Sein Kopf lief rot an, und er hielt den versammelten Bankern vor, dass sie die Aufarbeitung des Skandals mit dem Hinweis auf Schweizer Gesetze verunmöglichten. «Aber Sie sind in unser Land gekommen. Sie haben hier Geschäfte gemacht. Sie haben amerikanische Gesetze verletzt», donnerte er. Deshalb könne sich die Credit Suisse nun nicht hinter eidgenössischen Spezialitäten wie der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung verstecken, sagte Levin. Er wolle, dass sämtliche amerikanischen Kunden der CS, die ihre Schweizer Bankkonten zur Hinterziehung amerikanischer Steuern missbraucht hätten, für ihre Taten geradestehen müssten. «Dazu benötigen wir die Namen der Kontoinhaber – und Ihre Kooperation.»

«Wir bedauern zutiefst»

Die Schweizer Banker gaben sich zwar kooperationswillig und auch ein wenig reumütig. Dougan – selbst amerikanischer Staatsbürger – sagte: «Wir bedauern es zutiefst, dass vor 2009 einige Credit-Suisse-Privatbanker angeblich amerikanische Gesetze verletzt haben.» Im direkten Kreuzverhör mit Levin musste Chefjurist Romeo Cerutti einräumen, dass die Amerikaner sich keinen Zu-

griff auf die Namen aller CS-Kunden verschaffen können, die in der Schweiz ihr Schwarzgeld deponiert haben. Denn wer vor 2009 ein Konto eröffnet habe, der falle unter das alte Doppelbesteuerungsabkommen, gemäss dem die Schweiz nur in Fragen des Steuerbetrugs Rechtshilfe leistet.

Einmal mehr befindet sich also eine Schweizer Bank zwischen Hammer und Amboss. Schweizer Gesetze verunmöglichen eine komplette Offenlegung sämtlicher Kundennamen. Amerikanische Parlamentarier befürchten, dass es sich bei der Mehrzahl der einst 22 000 US-Kunden der Credit Suisse um Steuerhinterzieher handelte, die nun ungeschoren davonkommen. In dieser ungemütlichen Lage verhielten sich die Schweizer Banker recht elegant. Die vier Credit-Suisse-Manager versuchten, die Ängste der Amerikaner mit einem Hinweis auf das neue Doppelbesteuerungsabkommen zu zerstreuen, das im US-Senat einer Ratifizierung harrt.

Levin kritisiert US-Justizbehörden

Die CS zweifelte in ihrer schriftlichen Stellungnahme die Rechnungsspiele des Untersuchungsausschusses an. Nie und nimmer seien bis zu 95 Prozent dieser Konten am US-Fiskus vorbeigeschleust worden. Und das Fehlverhalten habe sich auf 10 bis 15 Angestellte im Private Banking beschränkt, die ohne Weisung von oben gehandelt hätten. Im Nachhinein sei es deshalb unmöglich, die genaue Zahl der Schwarzgeld-Konten zu eruieren.

Doch nicht nur die Banker kamen unter Druck. Im zweiten Teil der Anhörung (bei Redaktionsschluss noch im Gange) nahm Senator Levin das amerikanische Justizministerium ins Gebet. In scharfem Tonfall warf er dem stellvertretenden Justizminister James Cole vor, er habe in den vergangenen zwei Jahren zu wenig Druck auf den Finanzplatz Schweiz ausgeübt. Dieser erwiderte: «Ich teile Ihren Frust. Es ist hart, das Schweizer Bankgeheimnis zu knacken.» Viele amerikanische Rechtsinstrumente seien dafür zu stumpf. Kritik an Cole äusserte auch der republikanische Senator John McCain: «Sie verschwenden Steuergelder. Denn nach Jahren der Ermittlungen können Sie immer noch keine Fortschritte vorweisen.»

VON PHILIPP LÖPPE, WATSON.CH

AMERIKANISCHE POLITIKER beklagen sich, dass das US-Justizdepartement (DoJ) die Schweizer Banken viel zu sanft anfasst. Schweizer Politiker jammern über die arroganten Amerikaner. Schweizer Banken hätten die US-Steuerzahler um Milliarden von Dollar betrogen und die Regierung habe dabei Schmiere gestanden, melden US-Medien. Alles Heuchelei, entgegnen Schweizer Journalisten mit dem obligaten Verweis auf das Steuerparadies Delaware und sprechen von einem Wirtschaftskrieg.

Das Seilziehen zwischen dem DoJ und den Schweizer Banken löst auf

Das Seilziehen zwischen der US-Justiz und den Schweizer Banken löst auf beiden Seiten des Atlantiks grosse Emotionen aus.

beiden Seiten des Atlantiks nach wie vor grosse Emotionen aus. Sie sind völlig überflüssig.

DER AUFTRIFF VON CS-Chef Brady Dougan vor dem US-Senat ist kein Stellvertreter-Krieg zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten. Es handelt sich um ein simples Strafverfahren. Die Fakten dazu sind schnell erzählt: CS-Banker haben gegen US-Gesetze verstossen, indem sie amerikanischen Kunden geholfen haben, Steuern zu hinterziehen.

Deshalb befindet sich die Credit Suisse auch in der ersten der vier von den amerikanischen Justizbehörden geschaffenen Gruppen. Die 14 Banken in dieser Gruppe sind geständig. Bei den rund 100 Banken in Gruppe zwei müssen allfällige Vergehen noch abgeklärt werden, in Gruppe drei und vier befinden sich die Unschuldigen und die ganz Kleinen.

AUF BEIDEN SEITEN des Atlantiks ist das Strafverfahren gegen die Banken ein Steilpass für die Politiker. Das Ansehen der Senatoren und der Abgeordneten – für Schweizer Verhältnisse wären das Ständeräte und Nationalräte – ist derzeit unterirdisch.

Die ewigen Budgetdebatten, der Streit um Obamacare, das zeitweise Lahmlegen der Verwaltung und die äusserst dreckig geführten Wahlkämpfe haben dazu geführt, dass nicht einmal mehr zehn Prozent der



«Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit» – CS-Chef Brady Dougan musste gestern vor dem Unterausschuss des US-Senats den Schwur bezeugen. KEYSTONE

Es ist bloss ein Schauprozess

Steuerhinterziehung Der Auftritt von CS-Chef Brady Dougan vor dem US-Senat war zwar ein Spektakel, auf den Ausgang des Steuerstreits mit den USA hat er aber letztlich keinen Einfluss.

Amerikanerinnen und Amerikaner den Parlamentariern in Washington vertrauen.

In diesem Klima kommen CS und Co. wie gerufen. Banken-Bashing ist populär, besonders wenn es sich um ausländische Banken handelt. Daher sind sich für einmal selbst die sonst spinnefeindlichen Parteien einig.

BEIDE US-PARTEIEN HABEN altegediente Schlachtrösser an die Front geschickt. Die Demokraten den abtretenden Carl Levin, die Republikaner den unverwundlichen John McCain. Sie spielen ihre Rollen perfekt. Levin nimmt die Kuschelpolitik des DoJ ins Visier, McCain erinnert an die

unrühmliche Nazi-Vergangenheit des Schweizer Bankgeheimnisses.

Die Schweizer Parlamentarier hatten ihren Auftritt bereits im vergangenen Sommer. Im Nationalrat verkam die Auseinandersetzung um die «Lex USA» zu einem Schmierentheater sondergleichen. Nachdem der Rat sich mutig gegen das Diktat aus Übersee gestellt und sich geweigert hatte, das von DoJ und Bundesrat vorgeschlagene Programm zu akzeptieren, schickte er hinterher einen Brief nach Washington, in dem er erklärt, es sei eigentlich gar nicht so gemeint gewesen. Inzwischen haben Bern und die Banken eben dieses Programm stillschweigend akzeptiert –

allerdings ohne die wenigen Zusagen der US-Seite.

ES GIBT KEINEN GRUND, Solidarität mit den Banken zu zeigen. Sie sind untereinander ebenfalls nicht solidarisch. Jeder versucht auf Kosten der anderen, seine Haut zu retten. Die hoch bezahlten UBS-Banker haben die ganze Affäre ausgelöst, um sich sogleich hinter Bundesrat und der Finanzaufsichtsbehörde Finma zu verstecken.

Dank einem eilig durchs Parlament gepeitschten Notgesetz wurden die Kunden ans Messer geliefert und für sich selbst Straffreiheit gesichert. Bei den Amerikanern kaufte sich die

Unzählige Daten sind von der Schweiz bereits geliefert worden. Die US-Behörden wissen inzwischen alles, was sie wissen wollen.

UBS mit einer Busse von 780 Millionen Dollar frei.

MIT EINER 70-MILLIONEN-Dollar-Busse und der Schliessung seiner Bank Wegelin einigte sich auch Konrad Hummer mit den US-Behörden. Zuvor war er der vehementeste Verteidiger des Schweizer Bankgeheimnisses und sprach gar von einem «amerikanischen Imperialismus». Inzwischen ist er auf Tauchstation gegangen.

Auf den Ausgang des Verfahrens wird das Polittheater in Washington kaum Einfluss haben. Unzählige Daten sind von der Schweiz bereits geliefert worden, dank Abschieber- und ähnlichen Listen wissen die US-Behörden inzwischen alles, was sie wissen wollen. Das hat dazu geführt, dass sich 43 000 amerikanische Steuerständler selbst angezeigt und beinahe sechs Milliarden Dollar Strafsteuern bezahlt haben.

MIT DEN ZU ERWARTENDEN Busen der Schweizer Banken werden wohl noch ein paar Milliarden Dollar dazukommen. Die Verhandlungen darüber sind jedoch Sache der Banken. Wir können uns unsere Emotionen ersparen.

@ ausserdem zum Thema

Die Anhörung der CS soll der Schweiz aufzeigen, wer der Stärkere ist. Die Fortsetzung der Geschichte online.

Schlimmer als in Hollywoodfilmen

Unglaublich Wer denkt, dass die Geschäftspraktiken von Schweizer Banken auf der Leinwand übertrieben dargestellt werden, den belehrt der US-Untersuchungsbericht über die Credit Suisse eines Besseren.

VON THOMAS SCHLITTLER

Er wirkt unnahbar, lächelt trocken und zögert nicht, alles zu unternehmen, damit der reiche Amerikaner sein Geld in der Schweiz verstecken kann: Die Darstellung des Genfer Bankiers in «The Wolf of Wall Street» – dem Oscar-nominierten Film mit Leonardo Di Caprio – ist wenig schmeichelhaft.

Seit vielen Jahren taucht in Hollywoodstreifen immer wieder das Bild des Schweizer Bankers auf, der allzeit bereit ist, Gelder aus fragwürdigen Quellen anzunehmen – sei es in den James-Bond-Filmen oder in der Jason-Bourne-Spionagerie. Unbescholtene Schweizer Kinofans stellen sich dabei stets die Frage: Wie viel davon ist wahr, was ist erfunden? Wer den Untersuchungsbericht des US-Senats über das Geschäftsgebaren der Credit Suisse (CS) liest, kommt zum Schluss, dass die Hollywood-Regisseure nicht sehr viel Fantasie bewiesen haben.

«Sports Illustrated» als Tarnung

In der 180-seitigen Dokumentation ist detailliert beschrieben, wie skrupellos einige CS-Banker amerikanischen Bürgern bei der Steuerhinterziehung geholfen haben. Während sie auf dem Einreiseformular angaben, nur als «Touristen» in die USA zu kommen, trafen sie sich mit ihren amerikanischen Kunden – obwohl sie das eigentlich gar nicht durften, weil ihnen dazu die US-Händlerlizenz fehlte. Aber das schien sie nicht zu stören: An gesponserten Golfturnieren in Florida und am «Swiss Ball» in New York warben sie fleissig neue Kunden an.

Dabei schlugen sie zum Beispiel vor, zwei Konten in der Schweiz zu eröffnen: eines davon schwarz und eines ganz legal – damit die amerikanischen Steuerbehörden keinen Verdacht schöpfen. War das Konto erst eröffnet, wurden Überweisungen von über 10 000 Dollar konsequent aufgesplittet, damit kein Report ausgefüllt werden musste.

Wie in den Filmen legten die Schweizer Banker besonders viel

Wert auf Diskretion. So erzählte ein ehemaliger CS-Kunde der Untersuchungskommission, wie ihn ein Schweizer Banker in den USA besuchte, um ihn in einem Hotel zu treffen. Beim Frühstück händigte der CS-Banker dem amerikanischen Kunden schliesslich einen Auszug seines Schwarzgeldkontos aus – versteckt im amerikanischen Wochenmagazin «Sports Illustrated».

Flughafen Zürich als Drehscheibe

Einem anderen Steuerhinterzieher sind seine Besuche in der Schweiz in lebhafter Erinnerung geblieben. Dort habe ihn in der Lobby einer CS-Filiale stets eine Angestellte abgeholt, um ihn in einen Lift zu führen. Das Aussergewöhnliche daran: Im Fahrstuhl habe es keine Knöpfe gehabt – er sei ferngesteuert gewesen. In einem unscheinbaren Besprechungsraum traf der Steuerständler schliesslich auf den Banker seines Vertrauens, mit dem er die Verwaltung des Schwarzgeldkontos besprach. «Am Ende jedes Besuchs unterschrieb der Kunde dann einen Auftrag, dass alle eingesehenen Kontoauszüge vernichtet werden sollen», heisst es im Bericht.

Anleitungen betreffend Kundenkontakt machen deutlich, dass sich die Banker voll bewusst waren, dass sie gegen das Gesetz verstiessen. Eine Devisen lautete: keine E-Mails. Aufträge betreffend Kontoführung sollten die Kunden ausschliesslich per Kurierdienst verschicken. Und wer Kontoauszüge einsehen wollte, musste sich persönlich mit seinem Banker treffen. Oft fanden diese Treffen in der 2006 eingerichteten CS-Filiale im Flughafen Zürich statt. Diese wurde zur wichtigsten CS-Filiale für US-Steuerständler: 2008 besuchte der Standort über 9400 US-Kunden, die gemeinsam über ein Vermögen von 1,1 Milliarden Schweizer Franken verfügten.

CS-CEO Brady Dougan erklärte den Nutzen der mittlerweile wieder geschlossenen Flughafen-Filiale folgendermassen: «Viele US-Kunden fahren zum Skifahren in die Schweiz. Nach der Landung in Zürich wollten diese direkt weiter ins Skiresort – und nicht zuerst noch in die Stadt, um ihre Bankgeschäfte zu erledigen.» Ein netter Nebeneffekt dürfte aber gewesen sein, dass die CS-Banker ihre US-Kunden hier legal beraten durften – ohne amerikanische Händlerlizenz. Zudem bestand

zu hinterlassen.



In «The Wolf of Wall Street» heften sich Amerikaner Geld an den Körper, um es in die Schweiz zu bringen – CS-Banker waren ähnlich kreativ.

Warum muss Brady Dougan nichts befürchten? Weil er Amerikaner ist.

Die wichtigsten Fragen zur Anhörung Bankenexperte Peter V. Kunz erklärt der «Nordwestschweiz», warum die Angriffe des Senatsausschusses auf die US-Justizbehörde noch wichtiger sind als jene auf die Banker der Credit Suisse selber.

VON DANIEL FUCHS

1 WARUM STEHT DIE CS GERADE JETZT AM PRANGER?

Es gibt keinen eigentlichen Anlass, aber zwei möglich Erklärungen: Der Vorsitzende des Senatsausschusses, Senator Carl Levin, tritt Ende Jahr zurück und wollte nun seine grosse Abschiedsvorstellung im Steuerstreit geben. Zweitens beginnt eine neue Runde in den Verhandlungen zwischen den betroffenen Schweizer Banken und dem US-Justizdepartement um einen Vergleich. Mit der Anhörung sollte der Druck auf beide Parteien erhöht werden.

2 MUSSTE CS-CHEF BRADY DOUGAN ALS AMERIKANER WIRKLICH NICHTS BEFÜRCHTEN?

Gegen ihn persönlich war keine An-

klage erhoben worden. Extra für die Anhörung vor dem Ausschuss war mit der US-Justiz wohl freies Geleit für alle vorgeladenen CS-Banker ausgedehnt worden. Dougan war gut vorbereitet und kennt als Amerikaner sowohl die Mentalität als auch die Sprache der Ausschussteilnehmer bestens. Er wusste genau, was er sagen durfte und was nicht. Gefährlich wäre es für ihn einzig geworden, hätte er sich persönlich belastet, etwa durch eine Aussage, von den Praktikern der CS-Berater von US-Kunden gewünscht zu haben.

3 ANDEREN BANKANGESTELLTEN DAGEGEN DROHT UNGEMACH. WELCHEN?

Der Steuerstreit hängt wie ein Damoklesschwert über Schweizer Bankern, für die weder Immunität noch freies

Geleit ausgehandelt worden ist: Banker selber sind in den USA explizit nicht vor Strafverfolgung geschützt, wenn sie beispielsweise zu Steuerhinterziehung Hand geboten haben.

4 WELCHE KONSEQUENZEN HAT DIE ANHÖRUNG FÜR DIE CS ÜBERHAUPT?

Unmittelbar rechtliche Konsequenzen keine. Die Anhörung der CS-Banker fand statt, weil der Senatsausschuss das Verhalten der CS in Form eines Fallbeispiels näher untersucht hat. Mittelbar hat das Hearing jedoch schon Konsequenzen: Neben den CS-Bankern geriet auch das US-Justizdepartement ins Kreuzverhör. Es verhandelt direkt mit Banken wie der CS über einen Vergleich. Spannend wird nun zu beobachten sein, welchen Einfluss die Anhörung auf die Verhandlungs-

position des US-Justizdepartements hat. Wählen diese wegen der Vorwürfe der Senatoren eine härtere Gangart, so werden die Verhandlungen für die Schweizer Banken zäher. Ein Vergleich dürfte damit letztlich für die CS und andere betroffene Banken teurer zu stehen kommen.

5 DROHT ANDEREN BANKEN AUCH EINE ANHÖRUNG?

Kaum. Die untersuchten Machenschaften der CS sollen gerade dazu dienen, die Praktiken der anderen zwölf Banken zu beurteilen, die selber einräumen, gegen amerikanisches Recht verstossen zu haben, und deshalb einen Vergleich mit den USA anstreben.

6 WANN IST DIE SACHE DENN ÜBERSTANDEN?

Erst, wenn die einzelnen Banken mit dem US-Justizdepartement einen Vergleich vereinbart und die Busse bezahlt haben. Damit wäre die Sache gegessen, wie das Beispiel der UBS zeigt. Offen bleibt, ob und wann ein solcher Vergleich zustande kommt.

7 HÄTTE DER VON DER SCHWEIZ ANGESTREBTE STAATSVERTRAG ETWAS DARAN GEÄNDERT?

Ja, wenn es denn zu so etwas wie einem Globalvergleich gekommen wäre. An einem solchen waren die Amerikaner aber nie interessiert. Sie wollten mit jeder einzelnen Bank Vergleiche erzielen.

8 WELCHE ROLLE SPIELT DAS REVIDIERTE DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN MIT DEN USA?

Im Bericht nur eine untergeordnete.